



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Radikalisierung der „Querdenkerbewegung“ entgegenzutreten – Gefährdungspotenziale frühzeitig erkennen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der zunehmenden Radikalisierung von Teilen der Corona-Leugner-Szene und der Querdenkerbewegung, die in dem brutalen Mord an einem Tankstellenverkäufer in Idar-Oberstein einen traurigen Höhepunkt fand, mit entschiedenen Maßnahmen entgegenzutreten, Gefährdungspotenziale möglichst frühzeitig zu erkennen und Gewalttaten wo immer möglich zu verhindern.

Hierzu gehört insbesondere folgendes 10-Punkte-Programm:

1. Eine Ausweitung der Beobachtung von demokratiefeindlichen und extremistischen Teilen der Querdenkerbewegung und Corona-Leugner-Szene durch die staatlichen Sicherheitsbehörden. Die Beobachtung darf sich nicht nur gegen einige wenige prominente Protagonisten der Bewegung richten, sondern muss alle demokratiefeindlichen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Strömungen und Gruppierungen der Protestszene umfassen.
2. Anhänger antisemitisch oder rassistisch geprägter Verschwörungsideologien, wie dem aus den USA importierten QAnon-Mythos, müssen von den Sicherheitsbehörden als originär rechtsextremistisch bewertet werden.
3. Bei Kundgebungen und Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen ist die konsequente Durchsetzung notwendiger versammlungsrechtlicher Auflagen zum Infektionsschutz durch entsprechende polizeiliche Einsatzkonzepte zu gewährleisten.
4. Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten sowie Medienvertreterinnen und Medienvertretern, die über die Corona-Proteste berichten wollen, gefährden die ungehinderte und freie Berichterstattung. Sie sind durch ein konsequentes Einschreiten der polizeilichen Einsatzkräfte zu unterbinden.
5. Einrichten einer virtuellen Polizeiwache für alle Opfer von Hasskriminalität. Morddrohungen, Beleidigungen, Diffamierungen und die Androhung von Straftaten gegenüber Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Journalistinnen und Journalisten, Ärztinnen und Ärzten und anderen Befürwortern der Maßnahmen zum Schutz vor der Pandemie, müssen systematisch erfasst und konsequenter geahndet werden.
6. Hass und Hetze im Netz muss entschieden begegnet werden. Plattformbetreiber, soziale Netzwerke und Messengerdienste stehen in der Verantwortung gegen gewaltverherrlichende, menschenverachtende und demokratiefeindliche Verlautbarungen vorzugehen, entsprechende Inhalte zu löschen und einschlägige Kanäle oder Accounts zu sperren. Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert, sich im

- Bund dafür einsetzen, dass das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz auch auf Messengerdienste wie Telegram ausgeweitet wird.
7. Die Kompetenzen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden werden insbesondere im Bereich der operativen Aufklärung und Ermittlung im Internet weiter gestärkt.
 8. Der Freistaat stärkt mit einem eigenen Demokratieförderprogramm zivilgesellschaftliche Projekte zur Prävention von und Aufklärung über demokratiefeindliche, antisemitische, rassistische und misogynen Verschwörungsmythen und sichert diese langfristig finanziell ab.
 9. Zur wissenschaftlichen Erforschung neuer Radikalisierungsprozesse bei Querdenkern und Corona-Leugnern sowie zur Dynamik von entsprechenden Verschwörungsideologien werden empirische Studien angeregt und gefördert.
 10. Für Jugendliche und junge Erwachsene werden spezifische Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote zu Verschwörungsmythen, Reichsbürgerideologien und neuen Formen des Rechtsextremismus flächendeckend ausgebaut. Dies betrifft sowohl die schulische als auch die außerschulische politische Bildung.

Begründung:

Der brutale Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein wegen eines Hinweises auf die Einhaltung der Maskenpflicht durch einen 49-jährigen Mann aus dem Umfeld der Corona-Leugner-Szene zeigt auf erschreckende Weise die Gefahren, die mit der politischen Radikalisierung dieser Szene verbunden sind. Vermutlich hat sich der Täter über entsprechende Internetplattformen und Messengergruppen soweit radikalisiert, dass er sich zu der Mordtat legitimiert sah. Bereits seit Langem zeichnet sich ab, dass an den Rändern der Querdenker- und Corona-Leugner-Bewegung ein Milieu entsteht, das auch vor Gewalttaten und terroristischen Aktionen nicht zurückschreckt. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dieser bedrohlichen Entwicklung mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen zu begegnen.

Die heterogene Protestbewegung gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen hat sich in einem rasanten Tempo radikalisiert. Antisemitische und rassistische Verschwörungstheorien haben Konjunktur. Mit dem Widerstand gegen eine angebliche „Corona-Diktatur“ oder einen staatlichen Impfbzwang werden auch Straf- und Gewalttaten legitimiert. Der versuchte Sturm auf den Berliner Reichstag und zahlreiche gewalttätige Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und Polizistinnen und Polizisten im Zuge der Protestaktionen verdeutlichen die Radikalisierung der Bewegung. Das Problem sind dabei nicht nur Rechtsextremisten oder Reichsbürger, die sich problemlos den Protesten anschließen können, sondern erhebliche Teile der Bewegung selbst, die sich immer stärker in eine antidemokratische Richtung entwickeln. In den einschlägigen Foren der Bewegung kursieren Aufrufe zu Sabotage- und Blockadeaktionen, zum Sturm auf staatliche Einrichtungen oder gar zum Mord an politischen Entscheidungsträgern.

Auch in Bayern kam es schon zu versuchten Blockaden auf Autobahnen und zu gefährlichen Eingriffen in den Schienenverkehr. Mit 56 Angriffen gegen Impfzentren ist Bayern bundesweit trauriger Spitzenreiter. Auch bei Impfkampagnen an Schulen und bei mobilen Impfteams kam es zu Störaktionen von Impfgegnern. Enorm zugenommen hat auch die Hasskriminalität gegenüber Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Virologinnen und Virologen, die sachlich über die Coronapandemie aufklären und sich deshalb mit Morddrohungen, Beleidigungen und Diffamierungen konfrontiert sehen. Offensichtlich fühlen sich auch einige Personen in diesem Klima von Hass und Hetze dazu legitimiert, auf eigene Faust loszuschlagen. Erschreckend ist zudem, dass in der Szene offenbar Unmengen an Waffen und Munition kursieren. Die Grenzen des Tolerierbaren sind hier schon lange überschritten.